



AB AUGUST

## 5-STÜNDIGE BETREUUNG IN KITAS UND TAGESPFLEGE BEITRAGSFREI

Text: Melanie Leonhard

**M**it der Beitragsfreiheit für die fünfstündige Betreuung in Kitas und Tagespflege ab August 2014 setzt die SPD ein weiteres Versprechen zur frühen Bildung um und verschafft Hamburgs Eltern eine spürbare Entlastung. Wir wollen – das gilt für die Krippe wie für die 3- bis 6-Jährigen – die Eltern ermutigen, ihre Kinder an früher Bildung und Betreuung in Kita oder Tagespflege teilhaben zu lassen. Für gerechtere und bessere Lebens- und Bildungs-Chancen, für mehr Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Das sind nicht nur schöne Worte – das ist unser Anspruch, der mittels umfassender Rechtsansprüche und des erfolgreichen Ausbaus der Kitaplätze Wirklichkeit wird. Eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen.

Hamburgs Eltern bekommen den Kinderbetreuungsplatz, der ihnen nach dem Gesetz zusteht – und das für die fünfstündige Betreuung inkl. Mittagessen zudem künftig beitragsfrei. Das ist Wahlfreiheit für die Lebensentwürfe der Eltern. Der Versorgungsgrad mit Krippenplätzen von rund 40 Prozent ist verglichen mit den westlichen Bundesländern ein Spitzenwert und innerhalb Hamburgs holen sozial schwächere Stadtteile deutlich auf – und das ist politische Absicht.

Mit der Einführung von „Kita-Plus“ seit Anfang 2013 – für den Elementarbereich

von Kitas mit einem hohen Anteil an Kindern aus sozial benachteiligten Familien und mit Sprachförderbedarf – baut Hamburg auch die Qualität der Betreuungsangebote weiter aus.

Unsere SPD unterscheidet sich in der Bildungspolitik fundamental von der CDU als auch von schwarz-grünen Bündnissen: Die Regierungszeit der verschiedenen CDU-Senate hat für Hamburgs Familien bedeutet: Büchergeld in der Schule, Studiengebühren an der Uni und Gebührenerhöhungen in Kita und Hort. Die CDU ist die Partei der Bildungsgebühren – ihre Politik hat unserer Stadt geschadet. Die massiven Gebührenerhöhungen durch Ex-Sozialsenator Wersich für Kitas und frühere Horte sowie für das Mittagessen-Geld sind zudem von den Grünen so vehement

verteidigt worden wie von niemandem sonst. Das hört man bei der CDU und auch bei den Grünen nicht gern, aber so war es und daran darf bei jeder passenden Gelegenheit erinnert werden.

ment verteidigt worden wie von niemandem sonst. Das hört man bei der CDU und auch bei den Grünen nicht gern, aber so war es und daran darf bei jeder passenden Gelegenheit erinnert werden.

### So geht finanzielle Entlastung für Familien

Zahlreiche Nachfragen von Müttern und Vätern zeigen die hohe Bedeutung beitragsfreier früher Bildung für die Portemonnaies Hamburger Familien: So geht



finanzielle Entlastung für Familien: einfach, direkt und messbar. Die Beitragsfreiheit für die fünfstündige Grundbetreuung ab 1. August 2014 umfasst auch das Mittagessen. Diese vom schwarz-grünen Vorgängerserrat noch erhöhte Mittagessen-Gebühr hatte die SPD bereits 2011 abgeschafft, Rechtsansprüche wieder hergestellt und ausgeweitet sowie die allgemeine schwarz-grüne Gebührenerhöhung für Kita und Tagespflege zurückgenommen.

Bei einer täglich fünfstündigen Betreuung in einer Kita beträgt die Entlastung für Familien bis zu 192 Euro. In der Kindertagespflege erhalten Eltern für ihre Kinder eine beitragsfreie Grundbetreuung im Umfang von bis zu 30 Wochenstunden, wie es im beitragsfreien Vorschuljahr bereits üblich war. Für die Grundbetreuung beträgt die maximale monatliche Entlastung hier bis zu 211 Euro.

Von der Beitragsfreiheit für die fünfstündige Grundbetreuung bzw. von der entsprechenden Beitragsreduzierung bei Zeiten über fünf Stunden hinaus, werden rund 59.000 Hamburger Kinder profitieren. Von ihren Bildungs-Chancen, von Integration und gesellschaftlicher Teilhabe profitiert letztlich unser Hamburg, das für Familien immer attraktiver wird.

Weitere Informationen zu Elternbeiträgen und Beitragsfreiheit finden sich unter [www.hamburg.de/elternbeitrag](http://www.hamburg.de/elternbeitrag)



## OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH MIT DEN KANDIDIERENDEN IN DEN BEZIRKEN

*Nirgendwo ist die Politik konkreter als vor der eigenen Haustür. Wenn es um bezahlbare Wohnungen geht, um lebenswerte Stadtteile mit viel Grün und um Kitas können sich die Wählerinnen und Wähler auf die SPD in ihrem Bezirk verlassen.*

*Zur Bezirkswahl 2014 ist Olaf Scholz mit den Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten in allen Bezirken vor Ort, um mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Themen des Bezirks zu sprechen.*

### WANDSBEK

mit Anja Quast  
Montag, 7. April, 19.30 Uhr  
Otto-Hahn-Schule  
Jenfelder-Allee 53

### HARBURG

mit Jürgen Heimath  
Mittwoch, 9. April 20 Uhr  
Feuervogel  
Bürgerzentrum Phoenix  
Maretstraße 50

### NORD

mit Dagmar Wiedemann  
Montag, 14. April, 19.30 Uhr  
Stiftung Alsterdorf  
Alte Küche  
Alsterdorfer Markt 18

### EIMSBÜTTEL

Dienstag, 29. April 20 Uhr  
New Living Home  
Julius-Vosseler-Straße 40

### ALTONA

mit Thomas Adrian  
Dienstag, 8. April, 19.30 Uhr  
Altonaer Museum  
Museumstraße 23

### BERGEDORF

mit Paul Kleszcz  
Freitag, 11. April 18 Uhr  
Lichtwarkhaus  
Holzhude 1

### MITTE

mit Falko Droßmann  
Montag, 28. April 19.30 Uhr  
Laurens-Janssen-Haus  
Kirchdorfer Damm 6



## Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bezirkswahl ist für Hamburg von großer Bedeutung. Nirgendwo ist die Politik konkreter als vor der eigenen Haustür. Für die Wahlen am 25. Mai stehen drei Themen im Vordergrund, die für eine gute Entwicklung Hamburgs entscheidend sind:

Hamburg ist eine wachsende Stadt. Gerade beim Wohnungsbau wird deutlich, wie wichtig es ist, dass in den Bezirken bürgernahe und sozialverträgliche Entscheidungen getroffen werden. Wohnungsbau gehört zusammen mit dem Ausbau und Erhalt von Grünflächen zu den wichtigsten Aufgaben im Bezirk, die gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gestaltet werden.

Seit der Wahl 2011 sind über 25.000 Baugenehmigungen erteilt worden. In diesem Jahr werden wir in Hamburg 6.000 Wohnungen fertig stellen, davon allein 2.000 Sozialwohnungen. In vielen europäischen Großstädten sieht es ganz anders aus. In Paris oder London können sich inzwischen Bürgerinnen und Bürger mit normalem Einkommen im Stadtgebiet keine Wohnung mehr leisten. Das darf in Hamburg niemals passieren.

Hamburg soll die eltern- und kinderfreundlichste Stadt Deutschlands sein. Ab August dieses Jahres müssen Eltern für die fünfstündige Betreuung ihrer Kinder inklusive Mittagessen keine Kita-Gebühren mehr zahlen. Anders als in vielen deutschen Großstädten müssen Eltern ihre Kinder nicht schon vor der Geburt für einen Kita-Platz anmelden. Bei uns in Hamburg stehen genügend Kita- und Krippenplätze zur Verfügung. Das ist wichtig für die Kinder und hilft den Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir wollen die Lebensqualität der Stadt sichern. Seit der Regierungsübernahme durch die SPD wurden zahlreiche neue Naturschutzgebiete ausgewiesen. Inzwischen ist Hamburg das Bundesland mit dem größten Anteil von Naturschutzgebieten an der Landesfläche: Mehr als 8%. Bis zum Jahr 2017 wurden außerdem 70 Millionen Euro für Ausbau und Erhalt von Grünflächen in der Stadt bereitgestellt, um den Sanierungsstau in unseren Parks zu beseitigen. Wir setzen uns aktiv für Erhalt und Ausbau von Grünflächen in der Stadt ein – gerade in Zeiten des Wohnungsbaus.

Euer

  
Olaf Scholz

# WIE MUSS SICH DER ÖPNV IN HAMBURG WEITERENTWICKELN?

## WIR SETZEN AUF EINEN BREITEN GESELLSCHAFTLICHEN KONSENS FÜR EINE ÖPNV-STRATEGIE HAMBURG 2013

Text: Martina Koeppen

In einer Metropole wie Hamburg ist die Gewährleistung von Mobilität eine der wichtigsten und gleichzeitig meist unterschätzten Aufgaben der Politik. Dies betrifft insbesondere den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Was in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt wurde, hat der SPD-Senat in Angriff genommen. Längst überfällige Entscheidungen für Hamburgs Verkehrsentwicklung bis zum Jahr 2020 wurden getroffen und mit Finanzierungs- als auch Planungsgrundlagen abgesichert. Erstmals seit 2000 wird ein neuer Verkehrsentwicklungsplan (VEP) erarbeitet. Der neue Mobilitätsbeirat nimmt seine Arbeit auf. Dort werden alle relevanten Akteure zusammengeführt und gehört. Er dient zur Diskussion der verkehrspolitischen Ziele und der Entwicklung von Vorschlägen und Ideen.

Ein erster Meilenstein dabei ist das Mobilitätsprogramm, es fasst die Entwicklungsschritte wichtiger ÖPNV-Projekte bis 2020 zusammen:

- Erweiterung des U- und S-Bahn-Netzes: S 4 und S 21, Verlängerung der U4 bis zu den Elbbrücken, neue S-Bahn-Haltestellen für Ottensen und die Elbbrücken sind in Planung.
- Neuer S-Bahn-Vertrag ab 2018: Lieferung und Einsatz neuer S-Bahnzüge, Option von Leistungsausweitungen (z. B. S 32).
- Umfassende Optimierung des Bussystems: kürzere Reisezeiten und verbesserte Pünktlichkeit, Erhöhung der Beförderungskapazitäten, Komplettumstellung auf emissionsfreie Fahrzeugflotte, Bau barrierefreier Haltestellen.
- Umfassendes Investitionsprogramm für einen flächendeckenden barrierefreien Ausbau der

S- und U-Bahnhaltestellen bis zum Jahr 2020.

· Erleichterung des Umstiegs auf den ÖPNV: Barrierefreier Ausbau von Haltestellen, systematische Aufwertung und Ausweitung von Park&Ride, Bike&Ride sowie Entwicklung der SwitchHH-Mobilitätspunkte.

· kontinuierlicher Ausbau der Angebotsleistungen auf den vorhandenen und auf neuen Linien im gesamten System von Schiene, Bus und Fähre

Hamburgs ÖPNV-Entwicklung endet aber nicht 2020 oder 2030. Statt wie andere Parteien ideologische Debatten über das Für und Wider einzelner Verkehrsträger zu führen, suchen und finden wir Lösungen. Hamburg braucht einen modernen und zukunftsfähigen ÖPNV – zügig, komfortabel und umweltfreundlich. Und zwar unabhängig davon, ob man mit Bus, Bahn oder Fähre unterwegs ist.

Der Ausbau unseres Schnellbahnsystems soll weitergehen. Dafür sollen künftig Netzentwicklung und -ergänzung im schienengebundenen Nahverkehr überprüft werden. Hierzu gehören Fragen wie die Prüfung neuer Linien und Haltestellen sowie das frühzeitige Festlegen und Sichern von Trassen für den schienengebundenen Nahverkehr. Dabei müssen wir folgende Punkte beachten: verkehrliches Potenzial, Finanzierungsmöglichkeiten, begrenzte stadträumliche Verkehrsräume, örtliche Akzeptanz sowie die strategischen Stadtentwicklungspotenziale einer weiter wachsenden Stadt. Nur mit einer solchen übergreifenden Betrachtung können wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens bei der Weiterentwicklung des ÖPNV-Systems erreichen. ■





## Europa aktuell

### EU-USA-FREIHANDELSABKOMMEN

**S**eit letztem Sommer verhandelt die EU-Kommission mit US-Vertretern über ein Freihandelsabkommen, das den Marktzugang für den Handel mit Gütern, Dienstleistungen, Investitionen, die öffentliche Auftragsvergabe sowie Regulierungsvorschriften neu regeln soll.

Eine gemeinsame Freihandelszone mit den USA könnte durchaus Vorteile für uns bringen. Mit dem Abkommen könnten sich für europäische Unternehmen bislang verschlossene Märkte auf der anderen Seite des Atlantiks öffnen. Davon würden nicht nur europäische Fluggesellschaften und Schiffsdienstleister profitieren, sondern auch kleine und mittlere Betriebe, die in den USA Fuß fassen wollen. Durch den Wegfall von Zöllen könnte die europäische Wirtschaft, gerade die Industrie, gestärkt werden und es könnten neue Arbeitsplätze entstehen. Wir haben außerdem die Chance, gemeinsame Maßnahmen zur Regulierung von Finanzmärkten zu verabreden. Und was viele Kritiker gerne übersehen: Das Abkommen könnte uns die Möglichkeit geben, Nachhaltigkeitsregeln zu verankern, die

weltweit ökologische, soziale und kulturelle Standards setzen. All das ist wichtig und deshalb lehnen wir Gespräche nicht von vornherein ab.

Wir sehen aber auch die Gefahren. Hart erkämpfte Umwelt-, Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsstandards dürfen auf keinen Fall aufgeweicht werden. Geklontes, hormonell behandeltes oder mit Chlorlauge gesäubertes Fleisch aus den USA darf auch zukünftig nicht auf europäischen Tellern landen. Internationalen Schiedsgerichte, die außerhalb jeder demokratischen Kontrolle stehen und die politische Souveränität von Staaten untergraben könnten, werden wir auf keinen Fall zustimmen!

Die Justizsysteme sowohl in den USA als auch in europäischen Staaten sind vollkommen ausreichend, um Investorenrechte zu schützen.

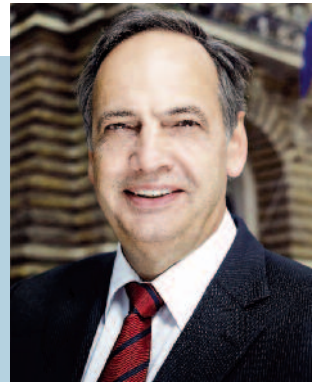
Natürlich haben bestimmte Wirtschaftsvertreter ein Interesse daran, das Abkommen möglichst unternehmensfreundlich zu gestalten, auch auf Kosten von Verbraucherrechten oder von Sozial- und Umweltstandards. Deshalb müssen wir alle genau

hinschauen, als Abgeordnete des Europäischen Parlaments, als Vertreter der Zivilgesellschaft, als Bürgerinnen und Bürger.

Voraussetzung dafür ist aber, dass das Freihandelsabkommen transparent verhandelt wird. Zu Recht wird kritisiert, dass Bürger und Abgeordnete keinen Einblick haben, über was überhaupt verhandelt wird. Gerade die USA weigern sich, ihre Positionen zu veröffentlichen. Deshalb müssen wirklich alle Verhandlungsdokumente offen auf den Tisch. Alles andere schafft berechtigterweise nur Misstrauen.

Am Ende der Verhandlungen muss das Europaparlament dem Abkommen zustimmen. Mit uns Sozialdemokraten wird es ein halbfertiges und schlecht ausgehandeltes Abkommen nicht geben. Auch deshalb ist es so wichtig, wer am 25. Mai bei der Europawahl die Mehrheit bekommt.

Knut Fleckenstein



## TERMINE

12. April, 14–18 Uhr

LANDESPARTEITAG DER SPD HAMBURG

Schwerpunktt Themen: Bezirke und EU CCH | Am Dammtor/Marseiller Straße  
parteiöffentlich

14. April, 19–21 Uhr

ZUM 100. GEBURTSTAG VON  
HERBERT SCHEMMEL

„MAN MUSSTE IMMER DEN MITTEL-  
WEG FINDEN“

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Rathausmarkt 5

Anmeldung unter [hamburg@fes.de](mailto:hamburg@fes.de)  
oder 040-32 58 74-0

14. April, 19 Uhr

UNIVERSITÄT IM HERZEN DER STADT

mit **Dr. Dorothee Stapelfeldt**, Senatorin  
und **Mechthild Führbaum**, Vorsitzende  
Bezirksversammlung Eimsbüttel  
Hamburger Kammerspiele | Logensaal  
Hartungsstraße

15. April, 19.30 Uhr

KULTURFORUM HAMBURG

BLEIBT DIE VIELFALT AUF DER STRECKE?  
ZUR LAGE DER HAMBURGER TAGES-  
ZEITUNGEN

Podiumsdiskussion u.a. mit **Lars Haider**,  
Hamburger Abendblatt, **Stefan Endter**,  
DJV Hamburg und **Charlotte Parnack**,  
DIE ZEIT. Moderation: **Kai-Hinrich Ren-  
ner**, Handelsblatt

Kulturfabrik Kampnagel | Jarrestr. 20  
Eintritt frei

15. April, 19 Uhr

SENATOR VOR ORT mit **Ties Rabe**

„GUTE SCHULE FÜR HAMBURG!“

Bürgerhaus Bornheide | Rotes Haus  
Bornheide 76

23. April, 19 Uhr

„RECHTSRUCK IN EUROPA?“

Veranstaltung zum Thema Rechtspo-  
pulismus in Europa mit **Aydan Özoguz**,  
**Martinez Martinez** und **Ralf Melzer**  
(FES)

Baseler Hof | Esplanade 11

24. April, 17–19 Uhr

DGB HAMBURG

„FÜR EIN EUROPA MIT ZUKUNFT –  
SOZIAL, GERECHT, DEMOKRATISCH?“

Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof  
Kurt-Schumacher-Allee

28. April, 16 Uhr

AG 60 PLUS EIMSBÜTTEL

ERÖFFNUNG DER AUSSTELLUNG

„SOLIDARITÄT IN EUROPA“

mit **Niels Annen** und **Knut Flecken-  
stein**. Mit anschließender Podiums-  
diskussion mit **Sabine Steppat** und  
**Panos Drossinakis**.

SPD-Kreishaus Eimsbüttel  
Helene-Lange-Straße 1

## Berlin direkt

### DIE SCHWARZE NULL

von Johannes Kahrs, MdB



Seit Januar bin ich haushalts-  
politischer Sprecher der SPD-Bundes-  
tagsfraktion. Das erste große Projekt,  
das wir „Haushälter“ in der Großen  
Koalition angehen, ist der Haushalt  
für das Jahr 2014, den wir – anders  
als sonst üblich – aufgrund der  
Bundestagswahlen erst im laufenden  
Haushaltsjahr beraten.

Die wichtigste Botschaft des von der  
Regierung vorgelegten Entwurfes ist:  
2014 kommen wir der sog. „schwar-  
zen Null“, also dem Verzicht auf die  
Aufnahme neuer Schulden, einen  
großen Schritt näher. Ab 2015 soll  
es dann wirklich so weit sein: der  
Bund kommt ohne die Aufnahme  
neuer Schulden aus. Das ist dann  
das erste Mal seit 1969.

Die gefährliche Spirale immer neuer  
Schulden zu durchbrechen war ein  
wichtiges Ziel der SPD im Wahlkampf.  
Warum ist das so?

- Wie gefährlich eine übermäßige  
Verschuldung sein kann, haben  
viele Menschen in Europa in den  
letzten Jahren leidvoll erfahren.  
Deutschland steht zwar besser da  
als die europäischen Krisenländer,  
aber auch unser Schuldenstand  
liegt mit knapp 80 Prozent unserer  
Wirtschaftsleistung deutlich über  
der in Europa geltenden Grenze von  
60 Prozent.
- Für jeden Euro Schulden müssen  
wir Zinsen zahlen. Das ist Geld, das  
uns für wichtige Investitionen in In-  
frastruktur, Bildung und Forschung  
fehlt.

Die Einhaltung der schwarzen Null  
ist deshalb gerade für uns Sozial-  
demokraten ein wichtiger Auftrag.  
In der Koalition sind wir uns einig,  
dass wir bei der Beratung des  
Bundeshaushaltes die schwarze Null  
immer im Blick haben. Klar ist aber  
auch: bei aller Ausgabendisziplin  
müssen wir politische Prioritäten  
für die Zukunft unseres Landes

setzen. Die SPD hat in den Koalitions-  
gesprächen deshalb zusätzliche Aus-  
gaben im Umfang von 23 Mrd. Euro  
durchgesetzt, die jetzt zum Teil auch  
schon im Haushaltsentwurf für 2014  
enthalten sind:

- Zusätzliche Ausgaben für die  
Verkehrsinfrastruktur von 5 Mrd.  
(2014: 505 Mio. Euro)
- Anhebung der Städtebau-  
programme auf 700 Mio. Euro
- Entlastung der Länder um 9 Mrd.  
Euro für Bildung und Betreuung  
sowie Forschung (2014: 500 Mio.)
- Mehr Geld für die Eingliederung  
von Langzeitarbeitslosen 1,4 Mrd.  
(2014: 350 Mio. Euro)
- Zusätzliche Mittel für die Ent-  
wicklungshilfe von 2 Mrd. Euro  
(2014: 200 Mio. Euro).

Der jetzt vorgelegte Haushalts-  
entwurf trägt damit in weiten Teilen  
eine sozialdemokratische Hand-  
schrift. Natürlich bleiben Risiken  
und Fragen, die wir bis zur Verab-  
scheidung im Parlament klären  
müssen. So haben wir natürlich  
ein Interesse daran, dass ein noch  
größerer Teil unserer Ausgaben für  
Investitionen verwendet wird. Auch  
müssen wir für die nächsten Jahre  
klären, wie genau wir die im Koali-  
tionsvertrag vereinbarte Entlastung  
der Kommunen im Rahmen der  
Eingliederungsmaßnahmen für  
Behinderte umsetzen.

Bei allen Wünschen nach mehr Aus-  
gaben gilt jedoch der hanseatische  
Grundsatz: wir können nur Geld aus-  
geben, das wir haben. Sonst rückt die  
schwarze Null wieder in weite Ferne.

## Impressum

Herausgeber

SPD-Landesorganisation  
Hamburg

V.i.S.d.P.

Tim O. Petschulat

Redaktion

Lars Balcke

Redaktionsschluss für  
die kommende Ausgabe  
21. April 2014

Anschrift

Kurt-Schumacher-Allee 10  
20097 Hamburg

## FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

WIR SIND FÜR SIE DA! DAS SPD-BÜRGERBÜRO

Kurt-Schumacher-Allee 10 | 20097 Hamburg | Telefon 28 08 48 32  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag jeweils 14–16 Uhr